



SEEHEIMER KREIS

in der SPD-Bundestagsfraktion

Seeheimer Strategiepapier – September 2025

FÜR EINEN MODERNEN, SCHNELLEN UND STARKEN STAAT.





SEEHEIMER STRATEGIEPAPIER FÜR EINEN MODERNEN, SCHNELLEN UND STARKEN STAAT.

ZUKUNFTSFEST DURCH EINEN HANDLUNGSFÄHIGEN STAAT

Wir leben in bewegten Zeiten. Umso mehr brauchen wir einen Staat, der Probleme nicht nur verwaltet, sondern Lösungen schafft. Einen Staat, der mutig und entschlossen die Herausforderungen von heute und morgen mit zeitgemäßen technischen Mitteln anpackt.

Doch zu oft erleben Bürgerinnen und Bürger das Gegenteil: langsame, analoge Verfahren, komplizierte Strukturen, frustrierende Bürokratie. Viele haben das Gefühl, dass der Staat nicht mehr so funktioniert, wie er sollte und genau das gefährdet das Vertrauen in unsere Demokratie. Unsere Antwort als Seeheimer Kreis ist eindeutig: Wir machen den Staat wieder handlungsfähig. Wir wollen einen Staat, der schützt und Chancen eröffnet, der fair und verlässlich ist, kurz: einen Staat, der den Menschen dient. Dieser handlungsfähige Staat ist das Fundament für sozialen Zusammenhalt und wirtschaftliche Stärke.

Und wir sehen eine weitere Dimension: Nur wenn Bürokratieabbau und schnellere Verfahren für einen handlungsfähigen Staat gelingen, kann das Sondervermögen Infrastruktur und Klimaneutralität seine volle Wirkung entfalten und unsere Volkswirtschaft nach vorne bringen.

Um das zu erreichen, setzen wir Seeheimerinnen und Seeheimer auf eine konsequente Modernisierung. Mit klarem System, spürbarem Nutzen und sichtbaren Ergebnissen.

KLARER FAHRPLAN FÜR DIE ZUKUNFT

Staatsmodernisierung braucht einen klaren Plan, feste Zuständigkeiten und eine gesicherte Finanzierung. Wir setzen verbindliche Ziele mit einem transparenten Zeitrahmen, damit Fortschritte für die Bürgerinnen und Bürger ebenso wie für die Verwaltung nachvollziehbar und messbar werden. Diese Output-Orientierung wird als Selbstverpflichtung in jedes Vorhaben integriert: Jede Maßnahme erhält einen festen Umsetzungsplan mit Budget, Zeitrahmen und messbaren Erfolgsindikatoren. Bund, Länder und Kommunen schließen verbindliche Zielvereinbarungen. Dafür starten wir eine neue Bund-Länder-Initiative. Zuständigkeiten und Finanzierung werden im föderalen System von Beginn an eindeutig geregelt. So verhindern wir Doppelstrukturen, Reibungsverluste und Verzögerungen.





Gesetzesinitiativen werden konsequent auf Zielklarheit, Praxistauglichkeit und Wirksamkeit geprüft – in engem Austausch mit Expertinnen und Praktikern und unterstützt durch den Wissenschaftlichen Dienst des Deutschen Bundestages.

Die Beschleunigung von Planungs- und Genehmigungsprozessen für Infrastrukturprojekte ist für unsere Wettbewerbsfähigkeit und einen handlungsfähigen Staat von zentraler Bedeutung. Als SPD haben wir in Regierungsverantwortung seit 2021 bereits zentrale Maßnahmen dafür auf den Weg gebracht, die jetzt erste Erfolge zeigen. Dieser Weg muss durch Typisierungen, Genehmigungsfiktionen und Entfall überbordender Regelungen konsequent und mutig weiter beschritten werden.

Der Bund muss im Bereich der Digitalisierung für ausgewählte Aufgaben mit hohem Standardisierungs- und Automatisierungspotenzial die Vollzugsverantwortung übernehmen. Die Änderung von Art. 91c GG bleibt dabei für uns eine wichtige Stellschraube.

1. INFRASTRUKTUR UND DIGITALISIERUNG

Leistungsfähige Netze, sichere Cloud-Infrastrukturen und moderne Rechenzentren nach europäischen Standards bilden das Rückgrat eines handlungsfähigen Staates. Einheitliche Standards und offene Schnittstellen schaffen eine medienbruchfreie Zusammenarbeit aller Verwaltungsebenen.

Die Umsetzung des Onlinezugangsgesetzes (OZG) treiben wir konsequent voran. Digitale Verwaltungsleistungen werden so gestaltet, dass Bürgerinnen, Bürger und Unternehmen sie wirklich gebrauchen, verstehen und nutzen können.

Zentral ist das Once-Only-Prinzip: Daten müssen nur einmal angegeben werden. Sie werden sicher erfasst, zwischen Behörden prozessdurchgängig ausgetauscht und in allen relevanten Verfahren effizient genutzt. Eine umfassende Registermodernisierung flankiert diesen Ansatz: Standardisierte, zusammengeführte Basisregister beschleunigen Entscheidungen und senken Kosten. So geht es nicht mehr darum, einzelne Anträge zu digitalisieren, sondern sie im Idealfall überflüssig zu machen.





Ein funktionierendes Beispiel: der Kindergeldantrag. Sobald ein Kind beim Standesamt registriert wird, fließen die Daten automatisch an die Familienkasse – der Staat kennt den Namen des Kindes, den Namen der Eltern, den Wohnort und alle weitere notwendigen Daten. Anspruchsvoraussetzungen werden über vorhandene Register geprüft, die Auszahlung erfolgt direkt – ohne Formulare, ohne Wartezeit, mit transparenter Bestätigung für die Eltern.

So wird Digitalisierung im Alltag spürbar: weniger Bürokratie, mehr Service. Jeder Datenzugriff wird protokolliert und für die Bürgerinnen und Bürger transparent nachvollziehbar. Alle Anträge, die keiner Ermessensentscheidung unterliegen, müssen automatisiert und ohne Antrag erledigt werden. Parallel setzen wir auf ein starkes Sicherheitskonzept mit klar beschränkten Zugriffsrechten.

Wir als Seeheimerinnen und Seeheimer unterstützen die Idee eines Deutschland-Stacks. Wir fordern, ihn wirkungsvoll, souverän und effizient auszugestalten. Der Bund entwickelt in einer effektiven Struktur zentrale digitale Basisdienste sowie Identitätsmanagement, Schnittstellenarchitektur und sichere und souveräne Cloud-Lösungen. Diese werden den Ländern und Kommunen zur Verfügung gestellt. Vergabeverfahren werden gebündelt und zentral koordiniert, um Qualität, Sicherheit und Kostenkontrolle zu sichern. Parallelstrukturen in Bund und Ländern gilt es zu vermeiden.

2. VERWALTUNGSREFORM UND KULTURWANDEL

Unsere Verwaltung muss nicht nur digitaler werden, sondern sich grundsätzlich neu aufstellen. Die Grundlage bildet eine klare und durchdachte digitale Systemarchitektur für die öffentliche Verwaltung. Unter Federführung des Bundes und in enger Abstimmung mit Ländern und Kommunen, werden Behördenstrukturen überprüft, Verfahrensabläufe strukturiert, Querschnittsaufgaben gebündelt und Doppelzuständigkeiten abgebaut. Das Bundesministerium für Digitales und Staatsmodernisierung (BMDS) wird mit allen relevanten Kompetenzen ausgestattet, die es benötigt, um die Transformation zu steuern und evaluieren zu können. Personalräte bleiben keine Zaungäste, sondern werden bei der Einführung von Modernisierungsprozessen eingebunden.

Kommunen sind das Herzstück staatlichen Handelns: Förderprogramme und angepasste Ressourcen verhindern die Benachteiligung kleiner Gemeinden und ermöglichen eine eigenständige, passgenaue Umsetzung.





Für mehr Beweglichkeit greifen wir auf Experimentierklauseln zurück: Sie schaffen die Möglichkeit, neue Verfahren und Technologien in einem klaren Rechtsrahmen zu testen und erfolgreiche Modelle schnell in den Regelbetrieb zu überführen.

Datenschutz hat dabei weiterhin höchste Priorität und wird als integraler Bestandteil moderner Verwaltungsprozesse von Anfang an mitgedacht. Unsere Maxime ist: Datenschutz soll Sicherheit und Selbstbestimmung ermöglichen, nicht Fortschritt verhindern. Wir setzen uns auf nationaler und europäischer Ebene für eine Modernisierung, insbesondere eine Bündelung der Datenschutzaufsicht und eine Harmonisierung und Vereinheitlichung der Auslegung des Datenschutzrechts ein.

Eine Neuaufstellung der Verwaltung geht allerdings über die rein strukturbezogenen Änderungen hinaus: Wir brauchen attraktive Arbeitsplätze und eine weitergehende Öffnung für Quereinsteigerinnen und Quereinsteiger, um den Fachkräftebedarf decken zu können und mehr Menschen für eine Karriere in der Verwaltung zu begeistern. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter wollen wir außerdem durch passgenaue Qualifizierung zur Erfüllung ihrer Aufgaben befähigen. Was es außerdem braucht, ist ein Kulturwandel: „Silodenken“ muss aufgebrochen und durch Mut zur Veränderung sowie eine positive Fehlerkultur ersetzt werden. Eine Herausforderung, bei der Führungsetagen vorangehen müssen – die im Sinne der neuen Kultur aber Gemeinschaftsaufgabe mit allen Mitarbeitenden sein sollte.

3. MEHR DIGITALE SOUVERÄNITÄT

Gegenwärtig befinden wir uns auch in der digitalen Infrastruktur der öffentlichen Verwaltung in gewachsenen Abhängigkeitsverhältnissen. Gerade im Kontext der labilen transatlantischen Beziehungen und der zunehmenden Nähe zwischen US-amerikanischer Politik und Big Tech erweist sich das als kritisch. Deshalb stärken wir langfristig und anhaltend nationale und europäische Initiativen, die die Unabhängigkeit und Handlungsfähigkeit unserer öffentlichen Verwaltung sichern. Wildwuchs kann und darf auch hier nicht das Ziel sein. Vollständige Souveränität erreichen wir nicht über Nacht. Klar ist aber auch: Hier besteht akuter Handlungsbedarf. Wir setzen deshalb auf ambitionierte Zielmarken, um in greifbarer Nähe für mehr europäische Souveränität zu sorgen. Das große Einkaufsvolumen der öffentlichen Hand nutzen wir, um über klare Anforderungen und Zielbeschreibungen die Innovationskraft und Leistungsfähigkeit der nationalen und europäischen IT-Unternehmen nachhaltig zu stärken.





4. KÜNSTLICHE INTELLIGENZ MIT KLAREM NUTZEN

Künstliche Intelligenz wird gezielt dort eingesetzt, wo sie Sinn ergibt und spürbaren Nutzen bringt: etwa bei der Antragsbearbeitung oder im Dokumentenmanagement. Für einen breiteren Einsatz der Technologie wird durch entschlossene Digitalisierung von Datenbeständen und einheitlichen Standards und Schnittstellen die notwendige Basis geschaffen. In Reallaboren und Modellkommunen werden neue Anwendungen praxisnah erprobt. Was funktioniert, wird ohne Zeitverlust bundesweit ausgerollt, damit der Fortschritt überall ankommt. Die Einführung von KI in der öffentlichen Verwaltung flankieren wir mit einer Kompetenzoffensive, die Überforderung verhindert, ein zukunftsgerichtetes Skillset vermittelt und gerade in sensiblen Bereichen zur kritischen Überprüfung der Mensch-Maschine-Kooperation befähigt. Ziel darf nicht nur eine effiziente Verwaltung sein, sondern auch eine, die Beschäftigte angesichts des Exits der Babyboomer-Generation spürbar entlastet.

5. CYBERSICHERHEIT STÄRKEN

Staatliche Stellen geraten immer stärker ins Visier von Hackerangriffen. Hier brauchen wir nicht nur vermehrte Sensibilisierung und Maßnahmen zur Prävention, sondern auch schnelleres Eingreifen im Ernstfall. Das Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI) wird zur zentralen Sicherheitsbehörde für die digitale Verwaltung ausgebaut. Es erhält erweiterte Prüf- und Eingriffsrechte, um IT-Systeme in Bund, Ländern und Kommunen verbindlich auf Sicherheitslücken zu testen. Das BSI koordiniert künftig bundesweite Mindeststandards für IT-Sicherheit, unterstützt Kommunen mit technischer Expertise und Notfallteams und übernimmt die zentrale Lagebewertung bei Cyberangriffen. Alle kritischen Vorfälle werden erfasst, ausgewertet und für Verbesserungen genutzt, damit Sicherheitslücken sofort geschlossen werden.

6. DIGITALE TEILHABE FÜR ALLE

Niemand darf vom Fortschritt ausgeschlossen werden. Die Vorteile eines modernen Staatswesens müssen für alle zugänglich sein. Dafür braucht es kostenfreie und leicht zugängliche digitale Angebote in öffentlichen Einrichtungen sowie Weiterbildungs- und Schulungsangebote insbesondere für benachteiligte Gruppen.





7. NATIONALES UND EUROPÄISCHES IT-ÖKOsystem

Um die umfassenden Bedarfe der öffentlichen Hand, der kritischen Infrastruktur und weiterer Akteure decken zu können sowie mit Blick auf das Ziel digitaler Souveränität braucht es ein ebenso leistungs- wie innovationsfähiges Ökosystem aus nationalen und europäischen IT-Dienstleistern und IT-Unternehmen. Mit industriepolitischen Impulsen, der gezielten Nutzung der vergaberechtlichen Möglichkeiten und in der Rolle als Anforderungsgeber fördern wir gezielt das nationale und europäische IT-Ökosystem.

Den IT-Dienstleistern mit Bundesbeteiligungen wollen wir Seeheimerinnen und Seeheimer dabei ein klareres Aufgabenportfolio zuweisen, Ineffizienzen abbauen und sie zur besseren Orchestrierung dieses Ökosystems nutzen.



SEEHEIMER KREIS

in der SPD-Bundestagsfraktion

c/o Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1 11011 Berlin

Tel.: 030 227-70035

Fax: 030 227-70043

E-Mail: seeheimer.kreis@bundestag.de
www.seeheimer-kreis.de

www.facebook.com/Seeheimer.Kreis

Twitter: @seeheimer

Instagram: seeheimerkreis